

**Mindestlohn statt Kombilohn !
Bedarfsgerechte Existenzsicherung in unterschiedlichen Lebenslagen
statt Pauschalierung !**

Mindestlohn

ver.di setzt sich für einen allgemeinen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ein, der die Existenz einer Person ohne ergänzende soziale Leistungen sichern kann – ein flächendeckendes Kombilohnsystem jedweder Art lehnt ver.di entschieden ab. ver.di arbeitet nachdrücklich sowohl für den gesetzlichen Mindestlohn als auch für bessere allgemeinverbindliche Branchenmindestlöhne und für bessere Tarifverträge. ver.di setzt sich für mehr und bessere Arbeit sowie für einen Zugang zu existenzsichernder Arbeit für Alle ein. Konzeptionen und Politiken, die geeignet sind, Tariflöhne abzusenken und Branchenmindestlöhne auszuhöhlen, tritt ver.di entschieden entgegen.

Kombilohnsystemen in ihren diversen Varianten wirkt ver.di nachdrücklich entgegen. Sie stellen – wie das Hartz-IV-Kombilohnsystem gezeigt hat – keineswegs eine Alternative zum Mindestlohn bzw. zu einer besseren Existenzsicherung dar. Arbeit um jeden und zu jedem Preis lehnt ver.di ebenso ab wie Hungerlöhne und Workfare. Vielmehr fordert ver.di ein Recht auf existenzsichernde, gute Arbeit.

Eine bessere Existenzsicherung mit und ohne Arbeit kann tatsächlich nur über bessere Löhne und eine bessere soziale Sicherung für alle erreicht werden, nicht aber durch ein Unterlaufen von existenzsichernden Löhnen durch Kombilöhne. Kombilöhne und Hungerlöhne verschlechtern die soziale Existenzsicherung, da einerseits durch geringere Löhne auch nur geringere Steuermittel erbracht werden können und andererseits durch immer mehr Hilfebedürftige bzw. Aufstockerinnen/Aufstocker immer höhere fiskalische Belastungen auflaufen. ver.di lehnt Kombilöhne in jeglicher Form – sei es als negative Einkommensteuer, Bürgergeld, bedingungsloses Grundeinkommen oder anderweitige Kombilohnvarianten – entschieden ab.

Sozialversicherungen

ver.di setzt sich nachdrücklich für bessere und existenzsichernde Sozialversicherungen ein (Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, Arbeitslosengeld, Renten), die allgemein zugänglich sind und im Regelfall zusätzliche soziale Hilfen weitgehend erübrigen (so genannte vorgelagerte soziale Sicherung).

ver.di lehnt einen Abbau des Schutzes der Sozialversicherungen ab. Sei es durch die Privatisierung der sozialen Sicherung, die für eine gute soziokulturelle Existenzsicherung notwendig ist. Sei es durch Konzeptionen, die soziale

B Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Sicherungssysteme oder die soziale Mindestsicherung bzw. Teile von ihnen durch Pauschalierungen wegstreichen wollen.

Eine bessere Existenzsicherung kann effektiv nur über eine bessere soziale Sicherung und bessere Löhne erreicht werden, nicht aber durch Pauschalen oder eine Überfrachtung der sozialen Mindestsicherung, indem immer mehr Menschen in sie abgeschoben werden, weil Löhne gesenkt und Sozialversicherungen abgebaut werden – was am Ende zu einer Überlastung der Mindestsicherung und der Absenkung des Existenzsicherungsniveaus führt.

Daseinsvorsorge

ver.di setzt sich nachdrücklich für eine allgemein zugängliche, ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge und ihre umfassende öffentliche Finanzierung ein. Öffentliche Infrastrukturen müssen die Existenzsicherung unterstützen bzw. gewährleisten, insbesondere bei der Bildung (Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Hochschulen und anderen Ausbildungsgängen) und der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge muss wesentlich stärker über Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern und höhere Spitzensteuersätze, nicht aber über Umsatzsteuern, die insbesondere die kleinen Leute belasten, finanziert werden. Infrastrukturnetze müssen von der öffentlichen Hand bewirtschaftet werden, damit diese nicht Börsenspekulationen, Gewinnentnahmen, Verschlechterungen und übermäßigen Teuerungen unterworfen werden können und ihre Nutzung auch für kleine Leute bezahlbar bleibt.

ver.di tritt der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge nachdrücklich entgegen. Eine bessere Existenzsicherung mit und ohne Arbeit muss über eine allgemein zugängliche öffentliche Daseinsvorsorge fundiert werden. Eine löchrige Daseinsvorsorge führt zur Belastung insbesondere niedriger Einkommen. Es entwertet sie, wenn aus dem Regelsatz und von den Hungerlöhnen auch noch für fehlende Daseinsvorsorgeleistungen bezahlt werden muss.

Soziale Mindestsicherung

ver.di setzt sich für eine bedarfsgerecht differenzierte, sozio-kulturelle Mindestsicherung ein, die Bedarfslagen in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigt, eine gesellschaftliche Teilhabe in unterschiedlichen Kontexten ermöglicht und den grundgesetzlichen Geboten von Menschenwürde und Sozialstaatlichkeit umfassend Genüge tut. Eine teilweise ausschließende Pauschalierung kommt ebenso wenig in Betracht wie ein pauschaler Gesamtbetrag, der eine differenzierte, bedarfsgerechte soziale Mindestsicherung ersetzt.

Die soziale Mindestsicherung muss den geografischen Unterschieden bei den Wohnkosten gerecht werden, unterschiedlichen und ganz spezifischen Bedarfen für Kinder unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Lebenslagen umfänglich entsprechen, Mehrbedarfe und Härtefälle weitgehend gewährleis-

B Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

ten, den Teuerungsraten und veränderten Lebensumständen stetig angepasst werden, fehlende Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge adäquat ausgleichen und als sozialstaatliches Sicherungssystem der letzten Instanz allgemein und sanktionsfrei zugänglich sein. Eine umfassend zugängliche Gesundheits-, Pflege- und Unfallversorgung muss ebenso gewährleistet werden wie ein umfassender Zugang zur Bildung bzw. Weiterbildung. ver.di wird Konzeptionen zur Pauschalierung von Leistungen der sozialen Mindestsicherung entschieden entgegentreten und sie auch nicht als Alternative zur differenzierten, bedarfsgerechten Mindestsicherung diskutieren. Je mehr Menschen in das Mindestsicherungssystem hineinbugsiert werden, desto geringer wird der Leistungsumfang für diejenigen, die tatsächlich Hilfe und Unterstützung brauchen.

Existenzsicherung statt Pauschalierung

Akteuren, die auf Kombilöhne oder den Abbau der sozialen Sicherung oder die Pauschalierung der Existenzsicherung hinsteuern, tritt ver.di entgegen. Erst recht Akteuren, die in den vergangenen Jahren keinen belastbaren Beitrag zur Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie zur weiteren Differenzierung und konkreten Erhöhung der sozialen Mindestsicherung geleistet oder dies unterlaufen haben oder dem gar entgegenstehen.

Konzeptionen, die mit Pauschalierungen direkt oder indirekt, in Theorie oder in der Praxis die soziale Existenzsicherung in der Substanz verschlechtern oder in der Höhe absenken oder dies für andere Ziele billigend in Kauf nehmen, stellt sich ver.di entschieden entgegen. Das Bürgergeld, die negative Einkommensteuer, die Kinder(geld)grundsicherung, das bedingungslose Grundeinkommen oder andere, neoliberale Pauschalierungs- und Kombilohnvarianten lehnt ver.di ab. Vielmehr wird ver.di die Mittel für eine bessere Existenzsicherung mit und ohne Arbeit einsetzen, für Mindestlöhne und gegen Kombilöhne, für eine differenzierte, bedarfsgerechte soziale Mindestsicherung und gegen Pauschalierungen.

Angenommen

B 105 Landesbezirksfachbereichskonferenz 13 Hessen

"Breite Diskussion über Grundsicherung der Zukunft"

Die Gesamtorganisation wird aufgefordert, eine sozialpolitische Diskussion zur „Grundsicherung der Zukunft“ in allen Gliederungen zu führen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag B 104